

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.232.312

Wien, am 21. Mai 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Steger, Kolleginnen und Kollegen haben am 21. März 2024 unter der Nr. **18200/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Entsendung von europäischen Soldaten in die Ukraine“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3 und 5:

1. *Wie bewerten Sie die derzeit diskutierte Idee über die Entsendung europäischer Soldaten in die Ukraine?*
 - a. *Können Sie dieser Idee etwas abgewinnen?*
2. *Wie würde Sie reagieren, wenn sich ein europäisches Land, wie zum Beispiel Frankreich, dazu entschließt Soldaten in die Ukraine zu entsenden und damit direkt in den Krieg eintritt?*
 - a. *Würden Sie eine solche Entscheidung kritisieren?*
 - b. *Welche konkreten Sicherheitsrisiken würden dadurch für Österreich entstehen?*
 - c. *Welche konkreten Sicherheitsvorkehrungen würde Sie in einer solchen Situation treffen?*

3. *Können Sie unmissverständlich ausschließen, dass sich Österreich an einer etwaigen Entsendung von europäischen Soldaten in die Ukraine beteiligt?*
5. *Wie bewerten Sie die Aussagen des deutschen Bundeskanzlers Scholz sowie des polnischen Außenministers Sikorski, wonach sich bereits jetzt europäische Soldaten in der Ukraine befinden?*
 - a. *Welche Informationen liegen Ihnen dazu vor?*
 - b. *Würden Sie den Aussagen nach den Ihnen vorliegenden Informationen zustimmen?*

Zunächst möchte ich klarstellen, dass eine Entsendung von Truppen der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten in die Ukraine keine mehrheitsfähige Position innerhalb der EU darstellt und es zu dieser Frage keine formellen Diskussionen in den EU-Gremien gegeben hat.

Wie in der Anfrage angeführt, wurden diesbezügliche Aussagen durch den französischen Präsidenten Emmanuel Macron gegenüber Medien nach Abschluss der Ukraine-Konferenz am 26. Februar 2024 in Paris getätigt. Während der Konferenz, an der ich als einer mehrerer Staats- und Regierungschefs der EU teilgenommen habe, wurde dieses Thema nicht angesprochen. Ich habe mich vielmehr im Rahmen besagter Konferenz klar dafür ausgesprochen, Schritte zur Deeskalation der Situation zu setzen. In diesem Zusammenhang habe ich insbesondere vorgeschlagen, wichtige internationale Player wie die BRICS-Staaten in die Friedensbemühungen einzubeziehen.

Ich habe unmittelbar nach dem Treffen in Paris am 26. Februar 2024 unmissverständlich klargestellt, dass eine Entsendung von österreichischen Soldatinnen und Soldaten in die Ukraine nicht zur Debatte steht. Auch der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sowie andere Staats- und Regierungschefs haben das für ihre Länder betont. Österreich plädiert dafür Friedensgespräche zu führen und setzt sich – als neutrales Land – für politische Lösungen unter Einbeziehung wichtiger internationaler Player wie den BRICS-Staaten ein.

Ich kann daher ausschließen, dass sich Österreich an einer etwaigen Entsendung von Soldatinnen und Soldaten in die Ukraine beteiligen würde. Unabhängig davon bekenne ich mich weiterhin zur Solidarität mit der Ukraine und zu deren Unterstützung. Im Einklang mit der militärischen Neutralität Österreichs wurden bisher und werden auch weiterhin keine Waffen, Munition oder letale Ausrüstung in die Ukraine geliefert.

Darüber hinaus wird festgehalten, dass das Interpellationsrecht gemäß Art. 52 B-VG und § 90 Geschäftsordnungsgesetz dazu dient, die Geschäftsführung der Bundesregierung und somit die Vollziehung zu überprüfen. Die Mitglieder der Bundesregierung können dabei über sämtliche mit der Vollziehung zusammenhängenden Gegenstände befragt werden. Persönliche Meinungen und Einschätzungen stellen demgegenüber keine Gegenstände der Vollziehung dar und unterliegen daher nicht dem Interpellationsrecht.

Zu Frage 4:

4. *Haben Sie Gespräche mit europäischen Regierungschefs oder Vertretern der EU-Kommission über die Entsendung von europäischen Soldaten geführt?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - b. *Wenn ja, mit wem?*
 - c. *Wenn ja, welche Position haben Sie in den Gesprächen vertreten?*
 - d. *Wenn ja, welche Position wurde von Ihren Gesprächspartnern in den Gesprächen vertreten?*
 - e. *Wenn nein, wieso haben Sie diesbezüglich keine Gespräche geführt?*

Nein. Wie bereits ausgeführt, stellt eine Entsendung von Truppen der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten in die Ukraine keine mehrheitsfähige Position innerhalb der EU dar. Es hat zu dieser Frage meines Wissens keine formellen Diskussionen in den EU-Gremien oder mit den Institutionen gegeben.

Karl Nehammer

